

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich zitiere aus der bemerkenswerten [Rede](#) des tschechischen Präsidenten Petr Pavel: „Wenn die Ukraine scheitert, werden auch wir scheitern! Hoffnung ist keine Strategie! Unsere europäische Sicherheit stützt sich auf Partnerschaft und Demokratie. Wir können unterschiedlicher Meinung sein, aber unsere Meinungen sollten nicht auf Lügen oder Fake News fußen.“



Mit dem neuen slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico hat Victor Orbán - der Brutus der europäischen Wertegemeinschaft - nun einen Mitstreiter gefunden.

Die wichtigste Unterstützung der Ukraine durch die USA steht auf wackligen Füßen. Präsident Joe Biden hat seinen Haushaltskompromiss teuer erkaufte. Die erstmalige Abwahl eines Vorsitzenden des Repräsentantenhauses - initiiert von radikalen Republikanern - erschwert die Ausgangslage zusätzlich. Alles hängt mit allem zusammen. Deshalb arbeiten wir hier in Europa an einem tragfähigen Haushalt. Und ich will nicht zu viel versprechen - an einem Asylopaket mit Substanz. Die Reform ist zu wichtig und die Situation in unseren Kommunen zu alarmierend, um sie parteiinternen grünen Auseinandersetzungen zu opfern. Das Machtwort des Bundeskanzlers kam sehr spät. Wir haben schon viel zu viel Zeit verloren.

Nun konzentrieren wir uns bis zum Sonntag mit voller Kraft auf die Wahlen für Land und Bezirk! Ich kämpfe für kluge Entscheidungen unserer Wählerinnen und Wähler. Und wenn unser Staatsminister Joachim Herrmann sich mal aufregt ist es bitterernst: „Es ist erschreckend wie infam und hinterfotzig die AfD versucht, aus den merkwürdigen Vorfällen bei ihrer eigenen Klientel Kapital zu schlagen ohne die Ermittlungen abzuwarten. Bisher gibt es tatsächlich keinerlei Erkenntnisse für einen Angriff gegen Chrupalla.“

Wehret den Anfängen!

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Innenministerrat zur Asylreform

Zur Tagung des Innenministerrats zur Asylreform am 28. September erklärt **Lena Düpont (CDU)**, migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

Das Machtwort des Bundeskanzlers war ein überfälliges Signal. Die fatale Blockadehaltung der Bundesregierung hat die Verhandlungen für die dringend nötige Asylreform grundsätzlich gefährdet und Deutschland in Europa isoliert. Insbesondere das doppelte Spiel der Grünen war inakzeptabel. Für den Pakt insgesamt haben wir dadurch wertvolle Zeit verloren.

Jetzt gilt es, das verloren gegangene Vertrauen in eine verlässliche Politik Berlins wiederzugewinnen und die Verhandlungen ohne weiteres Zögern und Ausflüchte aufzunehmen. Die Reform ist zu wichtig und die Situation in unseren Kommunen zu alarmierend, um sie parteiinternen grünen Auseinandersetzungen zu opfern. Gleiches gilt im Übrigen für die Beratungen im Rat zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten, die wesentliche Instrumente zur Entlastung enthält. Sie ist integraler Bestandteil des Paktes und muss pragmatisch aufgesetzt werden. Ich appelliere an die Bundesregierung, sich dieser Herangehensweise anzuschließen.

Plenardebatte über Asyl- und Migrationspolitik

Zur Plenar-Debatte über die europäische Asyl- und Migrationspolitik am 4. Oktober erklärt **Lena Düpont (CDU)**, migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Seit über 10 Jahren versprechen wir den Menschen eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik. Wer mit Vertretern der Kommunen oder ehrenamtlichen Helfern spricht weiß, dass Europa jetzt endlich Nägel mit Köpfen machen muss. Deutschland und Europa müssen die illegale Migration deutlich reduzieren, um weiterhin Schutzbedürftigen Asyl gewähren zu können. Angesichts neuer Migrationsströme ist Vernunft und verantwortliches Regierungshandeln geboten. Die letzte Blockadehaltung der Bundesregierung hat die Verhandlungen für die dringend nötige Asylreform grundsätzlich gefährdet und Deutschland in Europa weiter isoliert. Für das Gesamtpaket haben wir dadurch wertvolle Zeit verloren.“

Jetzt gilt es, das verloren gegangene Vertrauen in eine verlässliche Politik Berlins wiederzugewinnen und die Verhandlungen ohne weiteres Zögern und Ausflüchte aufzunehmen. Die Reform ist zu wichtig und die Situation in unseren Kommunen zu alarmierend, um sie parteiinternen Auseinandersetzungen zu opfern.

Gleiches gilt für die dringend notwendige Zusammenarbeit mit Drittstaaten, die wesentliche Instrumente zur Entlastung enthält. Sie ist integraler Bestandteil des Paktes und muss pragmatisch aufgesetzt werden. Die Bundesregierung sollte sich dieser Herangehensweise schleunigst anschließen. Das Versprechen an die EU-Bürgerinnen und Bürger das Asylpaket bis zum Frühjahr nächsten Jahres abzuschließen, muss gehalten werden. Das sind wir vor allem unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, aber auch all jenen, die berechtigt bei uns Schutz suchen.“

Statement der ostdeutschen CDU-Europaabgeordneten zum Tag der Deutschen Einheit

Anlässlich des Tags der Deutschen Einheit am 3. Oktober erklären die fünf ostdeutschen CDU-Europaabgeordneten Marion Walsmann, Christian Ehler, Hildegard Bentele, Peter Jahr und Karolin Braunsberger-Reinhold:

„Der Tag der deutschen Einheit ist auch aus europäischer Sicht ein Grund zum Feiern. Am 3. Oktober 1990 wurde nicht nur die Einheit Deutschlands vollzogen, sondern die ostdeutschen Bundesländer wurden damit auch Teil der Europäischen Gemeinschaft, der heutigen Europäischen Union. Das Privileg, sich in Europa und der Welt frei bewegen zu können, wissen heute vor allem die Bürger Ostdeutschlands sehr zu schätzen. Die vormalige DDR vollzog den Schritt zur Europäischen Union als erstes Mitglied des ehemaligen Warschauer Paktes. Dieser einmalige und gerade aus deutscher Sicht historische Schritt der EU-Erweiterung wird leider häufig vergessen, wenn die entscheidenden Jahreszahlen der EU-Erweiterungsrunden aufgezählt werden. Der Tag der deutschen Einheit ist ein würdiger Rahmen, auch daran zu erinnern. Es war die kluge Weitsicht der damals handelnden Personen, sowohl auf deutscher als auch europäischer Ebene, die dies ermöglicht haben. Seit diesem Tag haben sich die ostdeutschen Bundesländer nicht zuletzt dank der europäischen Strukturfonds beeindruckend entwickelt und brauchen keinen Vergleich mehr zu scheuen.“

Hintergrund:

Die Gruppe der ostdeutschen Abgeordneten in der CDU/CSU-Gruppe besteht aus Marion Walsmann (Thüringen), Dr. Christian Ehler (Brandenburg), Hildegard Bentele (Berlin), Dr. Peter Jahr (Sachsen) und Karolin Braunsberger-Reinhold (Sachsen-Anhalt).

Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens

Das Europäische Parlament positionierte sich am 3. Oktober zur Überarbeitung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens. Dazu erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

„Europas Tagesordnung wurde in den letzten Jahren maßgeblich von Krisen bestimmt. Erst hielt die Corona-Pandemie die Welt und insbesondere Europa in Atem, dann begann Putin seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Covid, Ukraine, Naturkatastrophen, steigende Zinsen und weitere unvorhergesehene Ereignisse haben die EU viel Geld gekostet, bei weiter zunehmenden Aufgaben. Nach wie vor spielt die EU eine maßgebliche Rolle in der anhaltenden und absolut notwendigen finanziellen Unterstützung der Ukraine.“

Die zahlreichen neuen Aufgaben und Krisenbewältigungsmaßnahmen haben die EU-Kassen schneller geleert als es 2020 absehbar war. Deshalb braucht Europa zusätzliches Geld. Der Vorschlag der EU-Kommission, bis 2027 zusätzliche Mittel von 65,8 Milliarden Euro vorzusehen, ist deshalb absolut richtig, aber noch nicht ausreichend. Damit die EU ihre Aufgaben weiterhin vollumfänglich wahrnehmen und einen zusätzlichen Puffer für weitere, unvorhersehbare Entwicklungen wie Naturkatastrophen bekommt, fordern wir eine weitere moderate Haushaltserhöhung um 10 Milliarden Euro auf 75,8 Milliarden Euro bis 2027. Der Haushalt der EU muss ausreichende Flexibilität bieten, um auf Krisen reagieren zu können.“

Dazu erklärt **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments und Mitglied im Haushaltsausschuss:

"Eine Erhöhung des Mehrjahreshaushalts der EU ist dringend geboten. Die überlebenswichtige Unterstützung der Ukraine, ein wirksamer Außengrenzschutz, Migrationsabkommen mit Drittstaaten, Stärkung von Innovation und Forschung und nicht zuletzt die steigenden Zinskosten für die Rückzahlung des Coronafonds dürfen nicht dazu führen, dass die Spielräume im EU-Haushalt in Kürze aufgebraucht sind. Die heute vom Europaparlament geforderten zusätzlichen Mittel von 75,8 Milliarden Euro bis 2027 sind deshalb folgerichtig und betragen gemessen an der europäischen Wirtschaftsleistung weniger als 0,1%. Dafür stellen wir die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sicher und haben ausreichend Flexibilität für unvorhergesehene Herausforderungen. Die Erhöhung unterliegt vollständig den EU-Rechtsstaatlichkeitsstandards, sodass kein Land Geld bekommt, dass sich nicht an die Regeln hält."

Positionierung zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz

Das Plenum hat sich am 3. Oktober zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz positioniert. Hierzu erklärt **Sabine Verheyen (CDU)**, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung sowie Berichterstatteerin für das Dossier:

„Den Medien kommt in unserer Gesellschaft eine besondere Rolle zu. Sie tragen maßgeblich zur Bildung, kulturellen Entwicklung und Inklusivität bei. Darüber hinaus schützen sie grundlegende Rechte wie die Meinungsfreiheit und den Zugang zu Informationen. Ohne freie Medien gibt es keine Demokratie.“

Mit dem Medienfreiheitsgesetz schaffen wir eine politisch unabhängige Medienaufsicht und sorgen für mehr Transparenz über die Besitzverhältnisse von Medienunternehmen. Zudem setzen wir Mindeststandards für den öffentlichen Rundfunk sowie für die freie Arbeit von Journalistinnen und Journalisten. Medienanbieter erhalten die Möglichkeit, sich selbstständig an die europäische Ebene zu wenden, wenn nationale Vorgaben sie behindern oder einschränken. Die neuen Regeln sollen auch für die großen nicht-europäischen Online-Plattformen gelten. Unser Ziel ist es, Qualitätsjournalismus, wissenschaftliche Artikel und investigativen Journalismus vor willkürlichen Eingriffen der Plattformen zu schützen.

Mit der heutigen Abstimmung setzt das Europaparlament ein Zeichen gegen den besorgniserregenden Zustand der weltweiten Pressefreiheit. Wir sichern die Vielfalt und Freiheit unserer Medienlandschaft und gehen mit dem Medienfreiheitsgesetz einen weiteren wichtigen Schritt für den Schutz unserer Demokratie.“

Hintergrund:

Mit dem European Media Freedom Act schafft die EU einen gesetzlichen Rahmen für mehr kulturelle Vielfalt, Freiheit und Unabhängigkeit der Medien in Europa, um die redaktionelle Unabhängigkeit der europäischen Medienhäuser zu bewahren, das Medienrecht durch Transparenzregelungen zu verbessern und nicht zuletzt Journalisten europaweit zu schützen. Der Bericht des CULT-Ausschusses bezieht auch Online-Plattformen und Suchmaschinen in den Geltungsbereich mit ein. Diese sind Schlüsselakteure dafür, was Europäerinnen und Europäer online sehen. Nach der Annahme im Europaparlament können nun die Verhandlungen mit den EU-Staaten beginnen.

Intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr

Das Europaparlament stimmte am 3. Oktober über die überarbeitete Richtlinie für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr ("ITS - Intelligent Transport Systems") ab. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter der EVP-Fraktion:

"Die neue Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr ermöglicht es, die Chancen der digitalen Transformation auch im Verkehrssektor voll auszuschöpfen und gleichzeitig die Sicherheit, Nachhaltigkeit und Effizienz unserer Verkehrssysteme zu verbessern.

Dank der überarbeiteten Richtlinie werden wir in der Lage sein, die Integration und Interoperabilität verschiedener Verkehrsträger voranzutreiben und die Entwicklung von Technologien wie Fahrzeug-zu-Fahrzeug-Kommunikation, Echtzeitverkehrsdaten, intelligente Ampelsysteme und automatisierte Verkehrskontrollen zu fördern. Damit trägt die EU dazu bei, Staus zu reduzieren, Reisezeit zu verkürzen, Emissionen einzusparen und gleichzeitig die Sicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen."

Hintergrund:

Unterhändler des Europaparlaments und der Mitgliedstaaten hatten sich Anfang Juni 2023 im Trilog auf die neue Richtlinie geeinigt. Die Plenar-Abstimmung (ab 12h) markiert das formale Ende des Gesetzgebungsverfahrens im Europaparlament.

Gemeinsame Position über die Abgasnorm Euro 7

Zur gemeinsamen Position der EU-Staaten über die Abgasnorm Euro 7 erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

"Es ist gut, dass sich die Mitgliedstaaten bei der Abgasnorm Euro 7 auf einen realistischen Ansatz geeinigt haben. Die Einigung trägt den vorigen Entscheidungen Rechnung. Man kann nicht hohe Investitionen in neue Technologien verlangen, wenn man sie wie den Verbrennungsmotor kurz zuvor verboten hat.

Die Bundesregierung steht wieder einmal blamiert und isoliert da. Erneut hat sie monatelang keine Position gefunden, um dann widersprüchliche Signale zu senden. Während die Grün geführten Umwelt- und Wirtschaftsministerien für eine Verschärfung der Abgasgrenzwerte gekämpft haben, setzte sich Verkehrsminister Wissing für eine Erwähnung von E-Fuels im Kompromiss ein. Am Ende sind beide durch eigenes Verschulden krachend gescheitert. Deutschland hat sich bei der Abstimmung enthalten und steht nun mit leeren Händen da."

Ende der Konsultationsphase zu Beschränkungsverfahren von PFAS-Chemikalien

Am 25. September endete die sechsmonatige öffentliche Konsultationsphase der Europäischen Chemikalienagentur ECHA zu einem möglichen Beschränkungsverfahren der sogenannten PFAS-Chemikalien. Dazu erklären:

Christian Doleschal (CSU), Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit:

„Ein vorschnelles Verbot aller PFAS wird nicht zu dem gewünschten Effekt führen. Die meisten PFAS sind innerhalb eines streng kontrollierten industriellen Stoffkreislaufs gebunden, treten nicht mit der Umwelt oder den Menschen in Kontakt und einige der gefährlichsten Stoffe sind bereits jetzt verboten. In manchen Schlüsselindustrien wie in der Halbleiter- und Wasserstoffproduktion sind sie weiterhin aufgrund ihrer Persistenz unerlässlich. Ein generelles Verbot aller PFAS-Stoffe, wie es die deutsche Ampelregierung mit Steffi Lemke in ihrem Antrag vorschlägt, wird unsere Wirtschafts- und Innovationsfähigkeit langfristig negativ beeinflussen und die dann nur noch schwer durchsetzbaren Ziele des Green Deals ad absurdum führen. Realistisch und vertretbar wäre vielmehr ein Votum für längere Übergangsfristen und Ausnahmen für essentielle Anwendungen in der industriellen Produktion, der Medizin, persönliche Schutzausrüstung für Feuerwehren und vergleichbaren Anwendungen. Statt hektischen Aktionismus zu betreiben, sollte man strukturiert vorgehen.“

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

„Bei PFAS muss man differenzieren. Manche PFAS sind derzeit unverzichtbar und auch im Einsatz sicher, um Chips, Batterien oder Windräder herzustellen. Insbesondere aus der Gruppe der Fluorpolymere werden für die Umsetzung des Green Deal, also Europas Vorhaben, bis 2050 klimaneutral zu werden, benötigt. Dazu brauchen wir die heimische Produktion von solchen PFAS-Stoffen, die seit Jahrzehnten sicher im Einsatz sind und damit die Umwelt nicht belasten. Denn es macht keinen Sinn, diese Stoffe aus China zu beziehen und damit wieder abhängig zu werden. Die Wirtschaft ist auf diese Stoffe aktuell angewiesen. Wir müssen die Abwanderung von Firmen verhindern, die PFAS herstellen, soweit die Produktion im Einklang mit unseren Umweltgesetzen ist.“

Vom System her ist das Verfahren bei der Europäischen Chemikalienagentur mit den zwei separaten Ausschüssen, zur sozioökonomischen Folgenabschätzung und zur Risikobewertung, gut angelegt. Ich hoffe, dass möglichst viele potentiell betroffene Unternehmen an der jetzt stattgefundenen Konsultation teilgenommen haben, um eine belastbare Folgenabschätzung vornehmen zu können. Wichtig ist, dass die Kommission jetzt rechtzeitig handelt, um den Industriestandort Europa nicht zu gefährden und die Herstellung strategisch wichtiger PFAS, die gesundheitlich und umwelttechnisch unbedenklich sind, zu sichern.“

Peter Liese (CDU), umwelt- und gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Ich weiß als Arzt und Umweltpolitiker, dass manche PFAS gesundheitsgefährdend sind. Dies gilt keinesfalls für alle Untersubstanzen und alle Anwendungen gleichermaßen. Es ist sicher sinnvoll, Anwendungen zu verbieten, für die es erprobte Ersatzstoffe gibt. Der Ansatz der Bundesregierung geht aber deutlich zu weit. In vielen wichtigen Bereichen der Medizin, etwa bei Medizinprodukten und auch bei der Herstellung von mRNA-Impfstoffen, ist PFAS unverzichtbar. Deshalb brauchen wir schnell eine Klärung, dass diese Anwendungen keinesfalls von einem Verbot betroffen sind.“

Hintergrund:

Anfang 2023 hat das Deutsche Bundesumweltamt zusammen mit Behörden aus den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen einen Vorschlag zur EU-weiten Beschränkung von PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA eingereicht. Das damit initiierte Verfahren zielt darauf ab, eine umfassende Regelung für sämtliche PFAS-Stoffe zu erarbeiten. Das entsprechende "Beschränkungsossier" wurde bereits ausgearbeitet und offiziell vorgelegt. In einer sechsmonatigen öffentlichen

Konsultationsphase, welche am 25. September 2023 endete, wurden mehr als 2.400 Unternehmen zur Beurteilung der PFAS um Stellungnahme gebeten. Die EU-Kommission wird im nächsten Schritt basierend auf Grundlage der ECHA Stellungnahme eine Entscheidung über das Verbot der PFAS treffen.

Informelles Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs

Die EU-Staats- und Regierungschefs beraten bei einem informellen Gipfeltreffen am Freitag in Granada über notwendige Reformen der EU zur Vorbereitung auf eine künftige Erweiterung. Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Patricia Lips:

"Eine innere Konsolidierung und Reform der EU zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit ist Voraussetzung für ihre Fähigkeit, neue Mitglieder aufzunehmen. Vom informellen EU-Gipfel diese Woche muss deshalb ein klares Signal für eine Reform der EU ausgehen. Der Bundeskanzler persönlich ist dabei gefordert, auf einen Fahrplan für konkrete und innerhalb der nächsten Jahre umzusetzende Reformschritte hinzuwirken. Denn nur so wird die EU in die Lage versetzt, neue Mitglieder aufzunehmen - vorausgesetzt, diese erfüllen sämtliche Beitrittskriterien.

Zu den notwendigen Reformen gehört eine Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU - vor allem in bestimmten Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, z.B. der Verhängung von Sanktionen. Hier muss die EU rascher zu gemeinsamen Positionen kommen und diese konsequent umsetzen. Nur so kann sie ihrer geopolitischen Verantwortung gerecht werden. Wir brauchen mit Blick auf die perspektivische Aufnahme neuer Mitglieder außerdem eine schlankere und agilere Europäische Kommission.

Klar ist: Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die zur Vorbereitung auf eine Erweiterung erforderliche Fortentwicklung der EU muss rasch auf den Weg gebracht werden."

Hintergrund: Die CDU/CSU-Fraktion repräsentiert im Parlament die Volksparteien der Mitte und fühlt sich Freiheit, Zusammenhalt und Eigenverantwortung verpflichtet. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes setzt sich die Unionsfraktion für einen starken freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, die soziale und ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft sowie für die Einigung Europas ein. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist Friedrich Merz.

Einigung zu Reduktion von F-Gasen

Am Morgen des 5. Oktober hat das Parlament eine Einigung mit Kommission und Mitgliedstaaten zur Reduktion der sogenannten F-Gase erzielt. F-Gase sind bis zu 25.000-mal klimaschädlicher als CO₂. Sie werden zum Beispiel in Wärmepumpen, Kühlschränken und elektrischen Schaltanlagen verwendet. Die Einigung sieht nun vor, sie schrittweise durch klima- und umweltfreundliche Alternativen zu ersetzen. Dazu erklärt **Peter Liese (CDU)**, umwelt- und gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Das ist ein starkes Ergebnis für den Klimaschutz. Viele Alternativen für F-Gase sind schon auf dem Markt erhältlich und gerade deutsche Hersteller sind zum Beispiel bei Wärmepumpen oder elektrischen Schaltanlagen mit natürlichen Kältemitteln führend. Das bringt

Deutschland und Europa auch gegenüber klimaschädlicheren Produkten, beispielsweise aus China, in eine bessere Ausgangslage.

Die Einigung sieht jedoch auch gezielte Ausnahmen vor, um Probleme in bestimmten Sektoren zu berücksichtigen. Für uns als Christdemokratische Fraktion war es besonders wichtig, Handwerkern zu ermöglichen, die Kältemittel in bestehenden Anlagen bei Reparaturen weiterhin einsetzen zu können. Installateure aber auch Kältetechniker, aber vor allem deren Kunden wie Bäckereien, Fleischereien und Brauereien hatten befürchtet, dass sonst Anlagen, die erst wenige Jahre alt sind, komplett ersetzt werden müssen. Unser Antrag, den wir in einer kontroversen Abstimmung im Plenum durchgesetzt haben, ist ein Teil der endgültigen Einigung. Wichtig ist auch, dass eine Substanz, die zur Bekämpfung von Borkenkäfern eingesetzt wird (Sulfurylfluorid), weiterhin auf dem Markt bleiben kann. Das Parlament hatte gegen uns für ein Verbot gestimmt. Die endgültige Beschlussfassung über den Text der Einigung im Parlament und im Rat ist für Dezember vorgesehen. Die Einigung gilt jedoch als Formsache."

Studientage der EVP-Fraktion in Split

Vom 26.-29. September fanden die Studientage der EVP-Fraktion in Split statt. Diese waren gefüllt mit spannenden Vorträgen und intensiven Diskussionen über aktuelle europäische Themen. Auch die Landwirtschaft war dieses Mal ein zentrales Anliegen für Abgeordnete aus verschiedenen Ländern und Regionen. Der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) und Vize-Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Günther Felßner, hat sich Zeit für einen intensiven Austausch mit uns genommen und dabei die Themen Ernährungssicherheit, Zukunft der Landwirtschaft und das Verhältnis von ländlichen und städtischen Gebieten angeschnitten.



Mein Mittelfranken



Deutsche Weinkönigin aus Franken

Am 29. September wurde Eva Brockmann aus Haibach im Landkreis Aschaffenburg zur Deutschen Weinkönigin gewählt. Darüber freue ich mich sehr! Die 24-Jährige hat eine Ausbildung zur Winzerin und anschließend ein Studium Weinbau und Oenologie absolviert und bereits neben ihrem Studium die fränkischen Winzerinnen und Winzer als Gebietsweinkönigin bei zahlreichen offiziellen Terminen vertreten. Ich wünsche ihr viel Erfolg in ihrer neuen Rolle als Deutsche Weinkönigin! Das SWR-Portrait ist [hier](#) zu sehen.

Erntedank

Wir feiern Erntedank - ein echter Festtag für uns und unsere Bäuerinnen und Bauern! Die Ernte ist (fast) eingefahren. Wir als Verbraucher dürfen die Früchte der Felder auf unseren Tellern genießen. Ein großer Dank und höchste Anerkennung an unsere Landwirtinnen und Landwirte für ihren tagtäglichen Einsatz!

Wir alle wissen, dass volle Teller auf der Welt alles andere als selbstverständlich sind. Denn die Bevölkerung wächst weltweit jeden Monat um 9 Millionen Menschen. Wir vergessen dies allzuoft im Alltag. Machen wir uns also bewusst, wie privilegiert wir sind!



75 Jahre Landfrauen in Bayern

Starke Frauen vom Land - das sind unsere bayerischen Landfrauen! Seit über sieben Jahrzehnten sind sie als Landfrauen Bayern organisiert und feiern in diesem Jahr 75. Geburtstag. Es war mir eine so große Freude, bei der Feier am Münchner Oktoberfest auf der Oidn Wiesn dabei sein zu können und viele gute Bekanntschaften auf einem Fleck zu treffen. Als Ehrenbezirksbäuerin sind die Landfrauen schon immer meine Heimat und Familie.

Wie hat unsere bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber in ihrer Festrede richtig gesagt: Landfrauen sind Powerfrauen!

Vielen Dank für den großartigen Einsatz für unsere Heimat, für unsere Landwirtschaft und für die Menschen im ländlichen Raum und in der Stadt - sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt. Liebe Landfrauen, ihr rockt unsere Heimat und die Landwirtschaft mit euren Talenten, Fähigkeiten und viel Herzblut!

Der EU Green Deal - was bedeutet das für die Forstwirtschaft und Holzenergie?

Auf Einladung des Bundesverbandes Bioenergie habe ich als Keynote-Speakerin beim Fachkongress zur Holzenergie in Würzburg gesprochen. Wir alle wollen das Klima und die Umwelt schützen - daher ist es das erklärte Ziel der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments (EP), die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 zu senken.

Die EU-Waldstrategie 2030 und die so genannte RED III Richtlinie sind die wichtigsten Bausteine des europäischen Green Deals. Unsere Wälder in Europa weisen eine große Vielfalt an unterschiedlichen Merkmalen in ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension auf. Biodiversität ist die Basis für gutes Handeln im Wald.

Waldökosysteme und ihre nachhaltige Bewirtschaftung können nur auf Grundlage des Erhalts der Biodiversität langfristig und zum Wohle aller funktionieren. Nur wenn wir unsere Wälder schützen und nützen entwickeln wir auch unseren Wirtschaftswald im Sinne der Nachhaltigkeit weiter.

In diesem Sinne haben wir uns als CDU/CSU bei der Review der Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED III) eingebracht, ganz nach dem Motto „Europa kann auch unbürokratisch und technologieoffen“. Es war meine Fraktion, die durchgesetzt hat, dass Biomasse Erneuerbare Energie bleibt! Alles andere sind Mythen.

In der Plenarabstimmung konnte die Fraktion der Europäischen Volkspartei, der auch die CDU/CSU angehört, trotz der nicht einfachen Mehrheitsverhältnisse erreichen, dass die holzbasierte Biomasse zu 100 % als Erneuerbare Energie anrechenbar bleibt. Der anschließende Trilog hat das Verhandlungsergebnis sogar noch einmal verbessert, dank unseres geschätzten Verhandlers Dr. Markus Pieper.

Tag der Regionen in Leinburg



In Leinburg wurden am 17. September nicht nur das regionale Bewusstsein und unsere Identifikation mit unserer Heimat gefördert, sondern auch der lokalen Wirtschaft und den Unternehmen eine Plattform gegeben. Rund 100 Aussteller präsentierten ein buntes "Schaufenster in die Region". Im Mittelpunkt standen Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung und regionale Wirtschaftskreisläufe.

Die Leinburger haben eine abwechslungsreiche Veranstaltung mit dem Aktionstag auf die Beine gestellt. Als Ehrengast konnte das Regionalmanagement des Landkreises Nürnberger Land und die Gemeinde Leinburg unseren Heimatminister, Albert Füracker, begrüßen.

Herzensangelegenheiten

Tag der Deutschen Einheit

Der Tag der Deutschen Einheit ist auch aus europäischer Sicht ein Grund zum Feiern. Am 3. Oktober wurde nicht nur die Einheit Deutschlands vollzogen, sondern die ostdeutschen Bundesländer wurden damit auch Teil der Europäischen Gemeinschaft, der heutigen Europäischen Union.

Das Privileg, sich in Europa und der Welt frei bewegen zu können, wissen heute vor allem die Bürger Ostdeutschlands sehr zu schätzen. Die vormalige DDR vollzog den Schritt zur Europäischen Union als erstes Mitglied des ehemaligen Warschauer Paktes. Dieser einmalige und gerade aus deutscher Sicht historische Schritt der EU-Erweiterung wird leider häufig vergessen, wenn die entscheidenden Jahreszahlen der EU-Erweiterungsrunden aufgezählt werden. Der Tag der Deutschen Einheit ist ein würdiger Rahmen, auch daran zu erinnern. Es war die kluge Weltsicht der damals handelnden Personen, sowohl auf deutscher als auch europäischer Ebene, die dies ermöglicht haben. Seit diesem Tag haben sich die ostdeutschen Bundesländer nicht zuletzt dank der europäischen Strukturfonds beeindruckend entwickelt und brauchen keinen Vergleich mehr zu scheuen.

Lilith - Drogenhilfe für Mädchen und Frauen

Der Verein Lilith - Drogenhilfe für Frauen und Mädchen aus Nürnberg kenne ich noch aus meiner Zeit als Drogenbeauftragte der Bundesregierung. Ziel war und ist es, in Nürnberg soziale Einrichtungen und Hilfsangebote für (ehemals und aktuell) Drogen konsumierende Frauen, weibliche Angehörige und Kinder von Drogenabhängigen zu konzipieren und zu realisieren, die deren spezifische Lebenssituation und Bedürfnisse adäquat berücksichtigen.

Mit einem Einkauf in ihrem Second-Hand-Laden in der Jakobstraße 25 in Nürnberg unterstützt ihr ihre wichtige Arbeit. Gerne Weitersagen und den **Sonderverkauf bis 6. Oktober** unterstützen!

Hauswirtschaftliche Unterstützung durch die Albrecht-Franz-Stiftung in Lauf

Die Laufer Albrecht-Franz-Stiftung bietet für Menschen in Lauf und Umgebung hauswirtschaftliche Unterstützung an. Durch die Hilfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung können vor allem Seniorinnen und Senioren länger in ihrem gewohnten Umfeld bleiben und ihre Eigenständigkeit soweit möglich erhalten.

Als ausgebildete Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft weiß ich um die wertvolle Arbeit, die die Stiftung in Lauf leistet. Die Frauen und Männer in der Hauswirtschaft sind gut ausgebildet und verfügen über ein umfangreiches Fachwissen. Das reicht von gesunder Ernährung, der Hygiene im Haushalt oder dem alltäglichen Umweltschutz bis hin zu Organisation und Wirtschaftlichkeit - egal ob in einem Betrieb oder Privathaushalt. Es war mir ein echtes Herzensanliegen die Arbeit der Stiftung mit einer privaten Spende zu unterstützen!



Lesenswert

EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

Abstimmungsergebnisse

Lesen Sie [hier](#) eine Übersicht zu übereinstimmendem Abstimmungsverhalten von Grünen, SPD, und Linken mit der AfD bei namentlichen Abstimmungen im Plenum des Europäischen Parlaments sowie [hier](#) eine Übersicht zum Abstimmungsverhalten der deutschen Parteien bei für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament relevanten politischen Themen bei namentlichen Abstimmungen im Plenum des Europäischen Parlaments.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.